

Fluchtursachen und ländliche Entwicklung

Komplexe Zusammenhänge und falsche Erwartungen – ein Zwischenruf zur aktuellen Flüchtlingskrise

von Michael Windfuhr

In der aktuellen Situation eines kontinuierlichen Ankommens von Flüchtlingen in der EU und besonders in Deutschland wird ein Thema immer wieder besonders zur Lösung der Flüchtlingskrise hervorgehoben: die Bekämpfung von Fluchtursachen. Der Schluss wird schnell gezogen: Bürgerkriege und das wirtschaftliche Elend in vielen Herkunftsländern der Flüchtlinge müssen wirkungsvoll »bekämpft« werden, um die Ursachen der Flucht und die Zahl der ankommenden Flüchtlinge mittel- und langfristig zu begrenzen. Der folgende Zwischenruf wird deutlich machen, wie schwierig dieses Unterfangen ist und dass keine falschen Erwartungen schneller Lösungen angeboten werden sollten. Viele der zugrunde liegenden Probleme sind komplex, und politisch hat sich oft über Jahrzehnte kaum jemand um die Konflikte oder zentrale Probleme ländlicher Regionen gekümmert. Das aber mehr in ländlichen Regionen investiert werden sollte, diese in der Tat stärker politisch ernst genommen werden sollten, ist schon lange eine Forderung entwicklungs- und menschenrechtlicher Organisationen und bleibt eine zentrale Aufgabe – auch bei der Bekämpfung der Fluchtursachen.

Zunächst ein Blick auf die Zahlen und die Motive für Flucht und Migration. Der neueste Bericht des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge dokumentiert die aktuellsten weltweit verfügbaren Zahlen Ende 2014.¹ Zu diesem Zeitpunkt waren weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 2014 war das Jahr mit dem bislang schnellsten Anstieg der Zahl an Flüchtlingen (13,9 Millionen Menschen mehr gegenüber dem Vorjahr). Das Hochkommissariat für Flüchtlinge erfasst Personen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen, d. h. Personen, die gezwungen sind zu wandern. Wichtig bei den Zahlen ist die Erkenntnis, dass circa 38,2 Millionen aller Flüchtlinge Binnenflüchtlinge sind, d. h. innerhalb ihrer Heimatländer auf der Flucht vor Bürgerkriegen und Unterdrückung sind. Demgegenüber stehen weltweit 19,5 Millionen grenzüberschreitende Flüchtlinge, von denen die meisten aber ebenfalls in ihrer Region bleiben und keine langen Distanzen überwinden.

Die Zahl der Asylbewerber lag Ende 2014 bei 1,8 Millionen. Diese Zahl wird 2015 nun um diejenigen Personen anwachsen, die in der EU, und dies heißt vor allem Deutschland, Österreich, Schweden und Italien Asyl beantragen. Zugenommen hat 2014 und 2015 zwar besonders der Zuzug nach Europa, andere Regionen haben in den letzten Jahren aber bereits erheblich mehr

Flüchtlinge aufgenommen und bleiben ebenfalls hoch belastet. Die Länder mit den derzeit höchsten Flüchtlingszahlen sind alle außerhalb Europas: die Türkei mit Ende 2014 mehr als 1,6 Millionen, Pakistan mit 1,5 Millionen, der Libanon mit weit über einer Million, der Iran mit circa einer Million und Äthiopien, Jordanien, Kenia und Tschad mit rund 600.000 bis 750.000 Menschen. Deutschland, das 2014 mit circa 200.000 Personen noch nicht unter den Top 10 der Gaststaaten lag, wird Ende 2015 wahrscheinlich auf dieser Liste unter die ersten zehn Länder vorrücken.

Erstaunlich hoch sind die Zahlen intern vertriebener Personen, die in einzelnen Ländern wie Syrien und Kolumbien weit über fünf Millionen Menschen umfassen. Die Zahl der Menschen, die Syrien verlassen hat, wurde Ende 2014 auf 3,8 Millionen Menschen geschätzt, die Zahl der Binnenflüchtlinge in diesem Land betrug circa 7,8 Millionen Menschen.

Auf der Liste der wichtigsten Herkunftsländer sind mit Syrien, Afghanistan, Somalia, Sudan, Kongo, Myanmar und Irak vor allem Länder mit komplexen Kriegs-, vor allem Bürgerkriegssituationen. Dies macht bereits deutlich, dass grenzüberschreitende Flucht vor allem mit Zwangssituationen zu tun hat wie Bürgerkriegen und Unterdrückung.

Landflucht und fehlende Perspektiven

Erzwungene Flucht muss unbedingt unterschieden werden von anderen Formen der Migration und Wanderungsbewegungen. Wenn Menschen aus ländlichen Regionen abwandern beispielsweise aufgrund familiärer Perspektivlosigkeit, ziehen sie in der Regel in die nächsten urbanen Zentren. Der Prozess der Landflucht hält im globalen Maßstab an. Seit wenigen Jahren lebt der größere Teil der Menschheit in Städten.

Die Vernachlässigung ländlicher Regionen ist ein Phänomen, das viele Länder, insbesondere in Afrika betrifft. Die Staatschefs der Afrikanischen Union hatten sich 2003 dazu verpflichtet, wenigstens zehn Prozent ihrer nationalen Haushalte für ländliche Entwicklung aufzuwenden. Bis 2015 haben dies zehn Länder geschafft, alle anderen (über 40) Länder nicht. Ländliche Regionen leiden unter fehlender politischer Aufmerksamkeit und finanzieller Unterstützung. Dies führt dazu, dass oft die Infrastruktur (Straßen, Strom, Energie oder Wasserverfügbarkeit) ausgesprochen schlecht ist und Bauernfamilien daran hindert, die Ernte gut vermarkten zu können. Hand in Hand geht damit, dass in vielen Ländern relevante Institutionen besonders schwach sind: Landkatasterämter, Verwaltungsbehörden, Agrarberatungs- und Unterstützungsdienste wie beispielsweise Veterinärdienste, das ländliche Bankenwesen, Institutionen, die bei der Vermarktung von Agrarprodukten helfen könnten. Es fehlen vielfach Wetterinformationen und eine Beratung, wie die Anpassung an die Veränderungen im Klimawandel aussehen könnte etc.

Hinzu kommen internationale beeinflussende Faktoren, wie Handelsabkommen, die möglicherweise durch schnelle Marktöffnungen Bauern vor Ort einer veränderten Wettbewerbssituation aussetzen, der sie ohne agrarpolitische Unterstützung nicht gewachsen sein können. Weitere Beispiele wären Fischereiabkommen, die mit dazu beitragen, dass die Fischgründe der handwerklichen Fischer gefährdet werden, oder (großflächige) Agrarinvestitionen, die zu Landvertreibungen oder Wasserübernutzung führen können. Wenn dann noch das Internet fehlt, ziehen viele, vor allem junge und leistungsfähige Menschen aus ländlichen Regionen weg.

Zu größeren Fluchtursachen trägt dieses Problem-bündel vor allem dann bei, wenn Konflikte hinzukommen und Menschen vom Lande vertrieben werden, sei es durch Bürgerkriege, ethnische Konflikte oder bewaffnete Gruppen, aber auch durch großflächige Landinvestitionen, wenn sie zu Landvertreibungen beitragen. Die reguläre Abwanderung bzw. Migration aus ländlichen Regionen umfasst erheblich mehr Menschen als die direkt von Konflikten oder Bürgerkriegen betroffenen Fluchtbewegungen.

Doch gehen auch aus diesen abwandernden Familien einzelne Mitglieder auf neue Wanderungsbewegungen und die Abwanderung aus ländlichen Regionen kann so zum Startpunkt weiterer Wanderungsbewegungen werden. Oft finanzieren Familien gezielt die Auswanderung eines ihrer Mitglieder (meist jüngerer Männer), indem sie z. B. die Gebühren für Schlepper aufbringen, – in der Hoffnung von den späteren Transfergeldern einer solchen Person leben zu können. In den meisten afrikanischen Ländern umfassen solche Rücküberweisungen erfolgreich emigrierter Personen inzwischen einen erheblich größeren Geldfluss als der der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Auf alle Fälle gilt, dass eine verantwortliche Politik zur Förderung ländlicher Regionen (und hierbei besonders auch der Landwirtschaft) mithelfen kann, langfristige Einkommensmöglichkeiten auch in ländlichen Regionen zu schaffen und den Abwanderungsdruck abzusenken.

Klimawandel verschärft Konflikte – das Beispiel Syrien

Langfristige Entwicklungstrends wie der Klimawandel, der Verlust von fruchtbaren Böden oder zunehmender Wassermangel können sich konfliktverschärfend auswirken. Ein Forscherteam der Universitäten von Santa Barbara und von zwei Instituten der Columbia Universität in New York haben kürzlich einen Beitrag veröffentlicht, der am Beispiel des Syrienkonfliktes nachweist, dass dieser zumindest teilweise durch langfristige Entwicklungstrends des lokalen Klimas mitverursacht worden sein kann.² Syrien war – wie die gesamte Region des »fruchtbaren Halbmonds« – in den dem derzeitigen Konflikt vorhergehenden Jahren 2007 bis 2010 von der schärfsten mehrjährigen Dürre seit der Aufzeichnung von Wetterdaten betroffen. Nach Schätzungen der Forscher haben aufgrund der Dürre und mangelnder staatlicher Unterstützung circa 1,2 Millionen Menschen in Syrien die ländlichen Räume verlassen.

Da zeitgleich weit über eine Million Flüchtlinge aus dem Irak nach Syrien kamen, stieg in den Jahren 2009 bis 2011 die Stadtbevölkerung enorm schnell an, ohne dass es eine ausreichende Versorgung oder Perspektiven für diese Menschen gegeben hätte. Der langfristige Verlust an Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Regionen, der erklärt werden kann durch eine Dürre, die mit hoher Wahrscheinlichkeit durch den Klimawandel verursacht worden ist, und gleichzeitig die unzureichende agrarpolitische Antwort der syrischen Regierung auf diese Notlage, haben zu einer Landflucht beigetragen, die ihrerseits ein Faktor von mehreren darstellt, der die Aufstände von 2011 mit erklären kann, die in der Folge wiederum Auslöser des derzeitigen Bürgerkrieges geworden sind.

Folgerungen & Forderungen

- Die Ursachen für die aktuellen Flüchtlingsströme sind komplex; eine erfolgreiche »Ursachenbekämpfung« muss dieser Komplexität Rechnung tragen. Die große Mehrheit der Flüchtlinge flieht aus Bürgerkriegssituationen. Die Fluchtursachen in diesen Fällen zu bekämpfen, bedeutet Konfliktbearbeitung mit dem Ziel einer Friedensschaffung zu versuchen und wird langwierig, schwierig und notwendig sein.
- Die seit Jahren andauernde Vernachlässigung ländlicher Regionen führt zu Landflucht und einer Schwächung des ländlichen Raums.
- Um den Abwanderungsdruck abzusenken, müssen langfristige Einkommensmöglichkeiten für die Menschen auf

dem Land, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, erhalten bzw. neu geschaffen werden.

- Klimabedingte Stressfaktoren für die Landwirtschaft können konfliktverschärfend wirken – wie das Beispiel Syrien zeigt.
- Konfliktverschärfend können auch internationale Politiktrends wirken, insbesondere im Bereich des Handelsrechts.
- Die von entwicklungs- und menschenrechtlichen Organisationen seit Langem geforderte Förderung ländlicher Räume und der Landwirtschaft ist zwar kein Allheilmittel bei der Bekämpfung der Fluchtursachen, kann jedoch wesentlich zur Befriedung und Stabilität der betroffenen Länder beitragen.

Ländliche Räume stärken!

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine nachhaltige und systematische Förderung ländlicher Räume und der Einkommensmöglichkeiten von Menschen, die dort leben, mithelfen kann, den Abwanderungsdruck aus diesen Regionen – die Landflucht – erheblich zu reduzieren. Die Vernachlässigung ländlicher Regionen trägt in vielen Fällen mit dazu bei, dass die institutionellen und infrastrukturellen Ressourcen zu begrenzt sind, um mit den Auswirkungen langfristiger Klimaveränderungen und schwindender Wasserressourcen angemessen umzugehen, und kann die Krisenhaftigkeit der Entwicklungen in besonders stark betroffenen Regionen stärken.

Deutlich wird gerade auch am Beispiel Syrien, dass viel von der Reaktion der jeweiligen Regierung vor Ort abhängt. Richtige politische Antworten können betroffenen Menschen helfen und aufkommende Konflikte möglicherweise zu deeskalieren helfen. Mitverursachende negative internationale Politiktrends zu verändern, kann ein wichtiger Teil einer Fluchtursachenstrategie sein, ebenso wie eine aktive Klimaschutzpolitik.

Trotz dieses Problemzusammenhangs im Hintergrund, sind die derzeitigen Flüchtlingsbewegungen, die Europa, aber auch andere Regionen betreffen, nur

dadurch zu erklären, dass sie von politischen oder ethnischen Konflikten und Bürgerkriegen erheblich verschärft oder hauptverursacht werden. Diese Multikausalität ist wichtig im Blick zu behalten, um vermeintliche einfache Antworten richtig einschätzen zu können, die Hoffnungen wecken, dass sich mit einer aktiven »Fluchtursachenbekämpfung« schnell Lösungen der Flüchtlingssituation finden ließen.

Anmerkungen

- 1 Alle Zahlenangaben in diesem Artikel entstammen dem aktuellen Bericht des UN-HCR: World at war. Global trends. Forced displacement in 2014. Geneva 2015 (http://unhcr.org/556725e69.html#_ga=1.267814222.1900041321.1447674506).
- 2 C. P. Kelley et al.: Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought. In: PNAS Early Edition (Proceedings of the National Academy of Science USA) (2015): www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.1421533112.



Michael Windfuhr

stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte e.V.

Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin

E-Mail: info@institut-fuer-menschenrechte.de